

Aus dem „Bund der Wiener Lehrerschaft“. Sonntag den 9. d., vormittags, fand im Josefsjaale des Wiener Lehrershauses eine Vollversammlung dieses Verbandes statt. Obmann Bürgerschuldirektor Robert Schönbauer eröffnete die Versammlung und verwies auf die Zweckmäßigkeit einer Rundgebung der Lehrerschaft gegenüber der Neugestaltung des öffentlichen Lebens. Sodann begründete Bezirkschulrat Lang, ausgehend von den Aufgaben des Lehrerstandes im demokratischen Staate, ausführlich die Hauptforderungen der Lehrerschaft. Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen: „Der Bund erklärt, daß den Lehrern und Lehrerinnen Wiens die Regelung ihrer Bezüge durch Steuerzuschläge und Anschaffungsbeiträge, wie sie während des Krieges üblich geworden sind, nicht genügt. Er fordert deshalb eine rasch durchzuführende durchgreifende Ordnung der Lehrerbezüge nach folgenden Grundsätzen: 1. Völlige Gleichstellung des nicht leitenden Volksschullehrers mit den städtischen Beamten mit Mittelschulbildung, des Bürgerschullehrers mit dem Beamten mit zweijähriger Hochschulbildung; 2. ausreichende abgestufte Familien- und Kinderzulagen für den verheirateten Lehrer und Familienvater; 3. Gleichstellung der Lehrerinnen mit den ledigen Lehrern; 4. Ueberprüfung der Bezüge in kurzen von vornherein festgelegten Zeitabständen, um sie mit der jeweiligen Preislage in Uebereinstimmung zu bringen; 5. Teilnahme der Pensionisten an allen Regulierungen in gleichem Ausmaße wie die Aktiven. Ferner fordert der Bund die sofortige Aufhebung des Substitutionsnormales, bis zur endgültigen Regelung der Bezüge die Pensionierung der pensionsreifen Mitglieder des Standes mit den ihnen im Aktivstande gebührenden Steuerzuschlägen und Anschaffungsbeiträgen und die Schadloshaltung aller Lehrersoldaten in solchem Ausmaße, daß sie gegenüber ihren im Hinterlande verbliebenen Altersgenossen in keiner Weise verkürzt erscheinen. Endlich beharrt der Bund auf der seit Jahren erhobenen und berechtigten Forderung, daß die Lehrerschaft auf die Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete des Schulwesens und der Standesangelegenheiten in Form einer freigewählten Standesvertretung Einfluß erhalte und daß in die Schulverwaltung Beamte aus ihrem Kreise in einflußreicher Zahl und Stellung berufen werden.“ In der Erörterung dieser Angelegenheiten wurden Wünsche der Lehrerschaft und Anregungen geäußert, betreffend Lehrerbildung, Hochschulstudium, Methodenfreiheit, fachmännische Schulinspektion, Bürokratismus, Einheitschule, staatsbürgerliche Freiheit und wirtschaftliche Angelegenheiten der Lehrer, Fürsorgeerziehung, Aufklärung der Bevölkerung über die Lehrerearbeit, Schule und Presse, Rechtsverhältnisse der Lehrerinnen und gemeinsame Bestrebungen aller Festbesoldeten.